



Öffentliche Armut in den USA, Landesvater Reagan (M.) auf einem Ball anlässlich seiner Amtseinführung: „Plötzlich ist es wieder

Reagans Amerika – ein Land für die Reichen

Die Armen müssen stärker sparen, die Reichen aber stellen ihren Wohlstand ungenierter heraus denn je: Im Weißen Haus wird künftig auf Geschirr serviert, das pro

Gedeck fast tausend Dollar kostet. Amerika, so meint Ronald Reagan, müsse endlich zu den wahren, gottgegebenen Werten eines einfachen Lebens zurückkehren.

Alice Fisher, 46, geschieden, drei Kinder, Fürsorgeempfängerin, ging mit sich selbst ins Gericht. Die Zeiten seien zu ernst, als daß sie Geld zum Fenster hinauswerfen könne, meinte sie reuig in der „Washington Post“.

Aber die Versucher waren wieder mal an sie herangetreten. Freunde hatten gedrängt, die Kinder übernachteten bei den Großeltern, und so war sie schließlich mitgezogen in die Bierhalle der kleinen Stadt, in der sie lebt.

Hinterher konnte sie dann nicht schlafen – wegen der vier Dollar, die sie für drei Bier ausgegeben hatte.

Vier Dollar zählen gewaltig im Budget von Alice Fisher – seit dem 1. Oktober sogar mehr denn je.

An diesem Tag nämlich begann in Amerika das neue Haushaltsjahr, und in ihm wird Alice Fisher über 20 Prozent weniger Sozialbeihilfe beziehen – 198 statt der bisher 254 Dollar im Monat. Auch der Wert der staatlichen Lebensmittelcoupons, die sie erhält, wurde herabgesetzt, von 99 auf 90 Dollar.

Schon vor dem 1. Oktober hatte es Alice schwierig genug gefunden, ihre



Armenspeisung in New York: Der strikte Zuchtmeister der Nation ...



in Ordnung, reich zu sein und es auch zu zeigen"



... führt sein Volk zurück ins 19. Jahrhundert: Slums in New York

drei Teenager ausreichend zu füttern. Jetzt wird sie noch öfter als zuvor, erzählt sie der „Washington Post“, „auf das Mittagessen für mich selbst verzichten“ und den Kindern abends „als Hauptgericht Nudeln mit Margarine“ vorsetzen müssen.

Alice Fisher ist kein Einzelfall. Der blinde Fred Baron aus Miami zum Beispiel ist durch die Kürzungen ein „Gefangener in seinem eigenen Heim“ geworden. Der Bus für Behinderte, der ihn bisher abholte und zur Arbeit fuhr, ist wegen Streichung der Bundesmittel seit dem 1. Oktober eingestellt.

Und John Holborn, der bisher für die Stadtreinigung in San Francisco arbeitete, wird nun seiner Tochter „Pappe in die Schuhe kleben müssen, wenn ihre Sohlen abgelaufen sind, so wie das meine Mutter früher bei mir gemacht hat“.

Holborn verlor seinen Job, weil er zu den 300 000 Begünstigten von „Ceta“ gehörte, einem staatlichen Arbeitsbeschaffungs- und Ausbildungsprogramm, das den Kürzungen zum Opfer fiel. Einsparung: 3,8 Milliarden Dollar.

Die US-Bürger Alice Fisher, Fred Baron und John Holborn sind nur drei von Millionen von Amerikanern, die einem Winter der Entbehrungen entgegensehen. Denn für sie übersetzen sich die 35 Milliarden Dollar, die Ronald Reagan bisher aus dem Bundeshaushalt gestrichen hat, in die einfache, aber durchaus existentielle Frage, ob sie sich weiterhin einmal in der Woche Fleisch oder täglich die 1,20 Dollar Fahrgeld zur Arbeit leisten können.

So nämlich will Ronald Reagan seinen Haushalt sanieren:

- ▷ sozialer Wohnungsbau: um 4,4 Milliarden Dollar oder 40 Prozent beschnitten;
- ▷ Sozialfürsorge: 1,6 Milliarden Dollar durch striktere Bemessungsgrundlagen eingespart;
- ▷ Schulspeisung für bedürftige Kinder: um mehr als ein Drittel von 4,4 Milliarden auf 2,9 Milliarden Dollar reduziert;
- ▷ Lebensmittelgutscheine, auf die über 22 Millionen bedürftige Amerikaner ein Anrecht haben: reduziert von 12,8 auf 10,2 Milliarden Dollar; eine Million Amerikaner sind betroffen;

Insgesamt addiert sich die Demontage der staatlichen Hilfeleistungen auf 20 Milliarden Dollar, rund acht Prozent der bisherigen Sozialausgaben. Doch damit hat der Aderlaß erst begonnen. Weil das Defizit im Haushalt des nächsten Jahres sehr viel größer sein wird als im Frühjahr angenommen, hat Präsident Reagan bereits weitere drakonische Kürzungen angekündigt.

Amerikanischen Schülern mögen künftig die Mägen knurren, alleinstehende Mütter mit Kindern im Vorschulalter sich weder Job noch Kindergarten leisten können und Stadtverwaltungen sich überlegen, ob sie bei Müllabfuhr oder Feuerwehr sparen – das Geld fließt künftig spärlicher aus der Staatskasse.

Dort freilich, wo all diese einschneidenden Maßnahmen ausgedacht und beschlossen wurden – im Weißen Haus zu Washington –, ist von Sparsamkeit wenig zu spüren. In der Residenz des US-Präsidenten scheint eine Art von „Millionärs-Parade“ abzulaufen, wie sich Ronald Reagan Anfang Oktober auf einer Pressekonferenz sagen lassen mußte.

Anlaß zu einem solchen Urteil war die Beschaffung von neuem, handbemaltem Staatsgeschirr, bestehend aus 4732 Einzelteilen mit Goldrand und Präsidentensiegel für 220 Personen. Kosten pro Gedeck: 950 Dollar, Kosten insgesamt: 209 508 Dollar.

Fast viermal so teuer geriet die Renovierung des Regierungssitzes. Nach Nancy Reagans Geschmack gestaltete Innenarchitekt Ted Graber die 14-Zimmer-Privatwohnung (sieben Bäder) mit neuen Teppichen (gelb im Wohnzimmer, pfirsichfarben im Schlafgemach, rot im Büro des Präsidenten) sowie dazu passenden Vorhängen und Tapeten.

Die Gesamtkosten in Höhe von einer knappen Million Dollar übernahm der wohlhabende Freundeskreis der Reagans. Er ermöglichte es dem Präsidenten, auf die vom Kongreß angebotenen 50 000 Dollar für die White-House-Verschönerung großzügig zu verzichten. Die Summe hätte nach den Kalkulationen des von Nancy Reagan eigenhändig ausgewählten Dekorateurs Graber gera-

de für einen Raum gelangt. Amerikas Steuerzahler zahlten gleichwohl mit, weil Amerikas Reiche solche Spenden in der Regel von der Steuer absetzen.

Wohl hatten es auch so manche von Reagans Vorgängern verstanden, sich mit Reichtum zu umgeben. John F. Kennedy etwa leistete sich teure Strandvillen, Yachten und Flugzeuge. Lyndon B. Johnson mehrte nach Kräften seinen Besitzstand an Vieh, Land und Limousinen. Und Richard Nixons kleine Weiße Häuser in San Clemente (Kalifornien) und Key Biscayne (Florida) kosteten den



Demonstration gegen Reagans Sozialpolitik*
Die Demontage hat schon begonnen

Steuerzahler Millionen Dollar an Ausbau- und Unterhaltskosten.

Doch kaum ein anderes Präsidentenpaar hat es in nur neunmonatiger Amtszeit verstanden, privaten und staatseigenen Wohlstand so zur Schau zu stellen wie Nancy und Ronald Reagan nebst reichem Gefolge, das mit den beiden einstigen Filmstars aus Amerikas Westen nach Washington zog.

Das begüterte Amerika begrüßt den Lebensstil der Reagans fast aufatmend. Mit Reagan habe eine „neue soziale Ära“ begonnen, meint Amitai Etzioni, Soziologe an der George Washington University: „Wir beobachteten eine

Wende von freiwillig auferlegter Einfachheit hin zu einem aufwendigen Lebensstil“, und das konservative Magazin „U. S. News & World Report“ befand: „Plötzlich ist es in Ordnung, reich zu sein und es auch zu zeigen.“

Es ist auch wieder in Ordnung, arm zu sein, und so weiß jeder, wohin er gehört.

Während Ronald Reagan im Ausland vornehmlich als der entfesselte Aufrüster gesehen wird, der Billionen Dollar für das größte Militärprogramm der amerikanischen Geschichte ausgeben will, erleben ihn die Amerikaner vornehmlich als strikten Zuchtmeister, der sich anschickt, sein Volk zu den einfachen Werten des 19. Jahrhunderts zurückzuführen: in eine Zeit, da sich freies Unternehmertum ohne lästige staatliche Auflagen und weiche Rücksichten auf die Allgemeinheit entfalten konnte; in der das Zurschaustellen von Reichtum als soziale Tat galt, weil es die unteren Schichten zur Nachahmung anfeuerte; in der sich die Armen noch nicht einbildeten, ein Anrecht auf Unterstützung zu haben, sondern bescheiden mit der Mütze in der Hand ihre Almosen aus der Hand wohlthätig Gesinnter entgegennahmen.

Damit hat sich Ronald Reagan die umfassendste innenpolitische Kehrtwendung der USA seit Franklin D. Roosevelt vorgenommen. Zwar ist in jüngster Zeit fraglich geworden, ob sie ihm in dem von ihm erwünschten Ausmaß gelingen wird: Nicht mehr unbesehen wie im ersten Anlauf wird ihm der Kongreß die weiteren Kürzungen abkaufen; und eine gegen die unsoziale Sozialpolitik des Präsidenten gerichtete Massendemonstration in Washington, an der im September mehr als eine Viertelmillion Menschen teilnahmen, zeigte, daß sich auch der außerparlamentarische Widerstand regt.

Gleichwohl billigten in einer Ende vorigen Monats von CBS und der „New York Times“ erhobenen Umfrage zwei von drei Amerikanern Reagans Sparprogramm; jeder zweite von ihnen verlangt sogar von der Präsident weitere Kürzungen. Und zweifellos nimmt es das Volk dem Präsidenten der Reichen immer noch ab, wenn er im Fernsehen versichert, daß seine Sparmaßnahmen lediglich Schwindler und Schmarotzer aus dem System eliminieren sollten, während das „Sicherheitsnetz für die wahrhaft Bedürftigen“ erhalten bleibe.

Daran ist sicher richtig, daß Betrug an der Wohlfahrt in den USA leichter ist als in vielen kleineren, überschaubareren Ländern. Allein der Umstand, daß es in den USA keine örtliche Meldepflicht gibt, verführt Anfällige dazu, sich gleich in mehreren Bundesstaaten aus den Töpfen der Allgemeinheit zu bedienen.

Zugleich aber ist der Bereich, in dem der Staat bedrängten Bürgern Hilfe zu leisten hat, in den USA von vornherein sehr viel enger gezogen als in allen anderen westlichen Demokratien. Eine

* Am 19. September 1981 in Washington.

Kürzung der Sozialausgaben um zehn Prozent trifft Millionen von US-Bürgern sehr viel härter als ein vergleichbarer Schnitt etwa in einem der skandinavischen Wohlfahrtsstaaten. Für viele Amerikaner wird sich in diesem Winter tatsächlich die böse Alternative stellen, ob sie heizen wollen oder essen.

Zwar sind auch in den USA die Ausgaben für soziale Leistungen mächtig angestiegen. Dennoch betrug ihr Anteil am Sozialprodukt 1979 nur 10,6 Prozent – gerade ein Drittel von dem, was die Bundesrepublik mit rund 30 Prozent dafür ausgibt.

Dementsprechend unterentwickelt sehen die USA in jenen Bereichen aus, die als Maßpunkte für soziale Lebensqualität gelten.

So liegt die mächtigste Industrienation der Welt mit ihrer hochentwickelten medizinischen Forschung im Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit erst an 13. Stelle der Weltrangliste – auf dem gleichen Niveau wie der Zwergstaat Malta.

Um die ärztliche Versorgung steht es noch schlechter. Gemessen an der Zahl der Ärzte pro 100 000 Einwohner rangieren die USA nur auf Platz 20 der Weltrangliste; bei den Lehrern reicht es immerhin zum 11. Platz. Führend dagegen sind die USA nach wie vor im Bereich des persönlichen Konsums: in der Zahl der Autos, der Tiefkühltruhen, der Fernsehapparate oder Telephone, die der einzelne sein eigen nennt.

In diesem „Mißverhältnis zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut“ (John Kenneth Galbraith), zwischen wirtschaftlicher Potenz der Nation und der mangelhaften sozialen Sicherung ihrer Bürger, liegt der wohl auffälligste Unterschied Amerikas zu den Gesellschaftsordnungen seiner europäischen Mutterländer.

Daß es ihn gibt, ist aus dem Bruch zu erklären, den die Amerikaner vollzogen, als sie sich am Ende des 18. Jahrhunderts von der englischen Krone lossagten.

Von Anfang verstanden sich die Amerikaner als Gemeinschaft gleicher, vor allem gleich starker Menschen, die den Staat allenfalls als Nachtwächter verstanden; staatliche Eingriffe zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit wurden stets mit tiefem Mißtrauen beobachtet.

Zwei Grundthemen der amerikanischen Geschichte, die bis ins 20. Jahrhundert wirksam waren, verstärkten die Ablehnung staatlicher Fürsorge noch: einmal die Grenzer-Erfahrung, die ihren robusten Individualismus ausprägte und eng verknüpfte Gemeinschaften schuf, in denen man sich gegenseitig half, auf freiwilliger Basis, ohne die Obrigkeit.

Auf der anderen Seite sorgte die Dynamik des ziemlich ungebrochenen wirtschaftlichen Erfolges der Nation in den ersten 150 Jahren ihrer Geschichte da-



Sozialreformer Roosevelt, Johnson*: Erst die Große Depression ...

für, daß Einwandererwelle auf Einwandererwelle integriert werden konnte, vor allem in die Mittelklasse. Das Entstehen einer klassenbewußten Unterschicht, die – wie in Europa – dem Staat hätte soziale Leistungen abtrotzen können, fand nicht statt.

Erst die Große Depression in den 30er Jahren und damit der spektakuläre Zusammenbruch des amerikanischen Credo vom unaufhaltsamen Aufstieg jedes arbeitswilligen Amerikaners schuf eine neue Beziehung zwischen Bürgern und Staat: den von Franklin D. Roosevelt begründeten „New Deal“.

Im wirtschaftlich verwüsteten Amerika mit zwölf Millionen Arbeitslosen übernahm die Bundesregierung weitge-

hende Schutz- und Aufsichtsfunktionen, für die in Washington ein dichtes Netz neuer Behörden eingerichtet wurde.

Der Social Security Act von 1935 legte den Grundstein für ein öffentliches Sozialsystem, das in seinen wichtigsten Elementen bis in die Gegenwart erhalten blieb: eine Arbeitslosen- und eine Rentenversicherung, die aus einer knapp einprozentigen Steuer auf Löhne und Gehälter finanziert wurde, zahlbar zu gleichen Teilen durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber (sie beträgt inzwischen über 13 Prozent).

Für die Versorgung von Waisen, Invaliden, Blinden oder Kriegsoptionen schrieb das Gesetz garantierte bundesstaatliche Zuschüsse („grants“) an Einrichtungen

... schuf eine neue Beziehung zwischen Bürgern und Staat: **Arbeitslose in New York 1929**



* Präsident Franklin D. Roosevelt 1937 in Texas mit dem damaligen Kongreßabgeordneten Lyndon B. Johnson.

der Länder vor. Damit war wenigstens der Ansatz eines Systems geschaffen, das dem einzelnen in individuellen Lebenskatastrophen helfen sollte. Sein augenfälligster Mangel – das Fehlen einer staatlichen Krankenversicherung – wurde bis heute nicht behoben.

Mit dem von Lyndon B. Johnson durchgeführten Konzept der „Großen Gesellschaft“ vollzog sich in den 60er Jahren dann noch ein weiterer qualitativer Sprung in der amerikanischen Soziallehre.

Jetzt setzte sich in Amerika die Auffassung durch, daß der Staat nicht nur seine Bürger vor den größten Folgen individuellen Mißgeschicks zu bewahren

rende Vielzahl neuer Programme sollte dringende soziale Nöte auf lokaler Ebene beheben: „Head Start“ zum Beispiel für benachteiligte Vorschulkinder; „Vista“, das inländische Gegenstück zum Peace Corps; Entwicklungskorporationen zur Sanierung der Gettos, und sie alle wiederum verbunden mit neuen reichhaltig besetzten Planungsstäben und Aufsichtsbehörden in der Bundeshauptstadt.

Washington, so dachte man damals, könne vorurteilsloser und unerschrockener soziale Mißstände in den Kommunen anpacken als korrupte örtliche Politiker, die offensichtlich vor ihnen kapituliert hatten.

Nur: Ohne die Programme der Großen Gesellschaft hätte es sich zweifellos noch verschlimmert.

Das sah keineswegs jeder Amerikaner ein, vor allem nicht, wenn er dem weißen Mittelstand angehörte. Für ihn war in Washington der Sozialismus ausgebrochen, dessen Funktionäre in sein Privatleben hineinregierten. Er mußte zusehen, wie seine Kinder zwangsweise aus seinem schönen grünen Vorort in die rassistisch gemischten Getto-Schulen der verslumten Innenstädte transportiert wurden.

Bei der Arbeit wurden ihm weniger erfahrene Kollegen vor die Nase gesetzt, weil sie einer bisher benachteiligten, aber nun gesetzlich bevorzugten Minderheit angehörten. War er selbständig, mußte er wertvolle Arbeitsstunden mit dem Ausfüllen von Formularen für die Umwelt-Bürokraten in Washington vergeuden.

Die durch solchen staatlichen Druck erzeugten Ressentiments der Mittelschicht haben der konservativen Revolution des Republikaners Ronald Reagan zum Sieg verholfen, die mithin eigentlich eine Gegenrevolution ist: weil sie die sozialen Errungenschaften Amerikas seit Franklin D. Roosevelts New Deal zurückrollt und Johnsons Große Gesellschaft demontiert.

Symbolisch geradezu war die Schließung jener in den sechziger Jahren gegründeten Washingtoner Behörde, die für die Bekämpfung der Armut in den USA zuständig war, durch die Reagan-Administration.

Der Personalbestand der Umweltbehörde, der „Environmental Protection Agency“, wird in den nächsten zwei Jahren um 40 Prozent reduziert.

Auch vor unbequemen Auflagen der Anti-Diskriminierungs-Behörde in Washington – der Equal Employment Opportunity Commission – braucht sich die amerikanische Wirtschaft künftig nicht mehr zu fürchten. Die Administration hat zu verstehen gegeben, daß sie Programme zur Herstellung von Chancengleichheit für Minoritäten und Frauen nicht mehr ernst nehmen will.

Solchem Abbau von „Big Government“ applaudieren die Konservativen. Für sie vollzieht sich ihre Konterrevolution im Namen und zugunsten ursprünglicher amerikanischer Werte: Die Väter der Nation hätten für die Unabhängigkeit der amerikanischen Kolonien vom übermächtigen englischen Staat gekämpft, verkündeten die Kolumnisten Evans und Novak; in der „Reagan Revolution“ – so der Titel ihres neuen Buches – gehe es um die „Befreiung der Amerikaner von der Regierung in Washington“.

Die geradezu beklemmende soziale Unbefangenheit, die die Konservativen dabei an den Tag legen, hängt mit dem von ihnen wiederentdeckten Glauben an die gottgewollte Sendung der Reichen in



Slumbewohner in New York: Im sozialen Wohnungsbau werden 40 Prozent gespart

habe, sondern daß seine Aufgabe auch sei, großflächig Mißstände in der Gesellschaft zu korrigieren. Neu war daran vor allem die für die meisten Amerikaner immer noch radikale Einsicht, daß Armut zum Beispiel nicht unbedingt auf Versagen, Faulheit oder Dummheit des einzelnen zurückgeführt werden müsse, sondern sehr wohl auch gesellschaftliche Ursachen haben könne.

Eine ganze Generation idealistisch gesinnter junger Amerikaner machte sich daran, diese ursprünglich von Kennedy entdeckte „Neue Grenze“ zu erobern, wobei sie den Kampf gegen Armut und Rassismus mit der gleichen missionarischen Hingabe aufnahmen wie ihre Vorfäter einst die Gefechte gegen die Indianer.

Eine umfassende Gesetzgebung lieferte die Waffen: der gegen die Rassendiskriminierung gerichtete Civil Rights Act oder der aus dem „Krieg gegen die Armut“ entstandene Economic Opportunity Act, beide von 1964. Eine verwir-

Auch der Schutz der Umwelt oder die gesundheitliche Sicherung von Berufstätigen wurde jetzt als Aufgabe der Bundesregierung gesehen und als solche gesetzlich verankert. Die dafür geschaffenen Behörden überschwemmten die amerikanische Wirtschaft mit Fluten von Vorschriften und Auflagen.

Im Grunde hatte Amerika damit lediglich angefangen, sein soziales Defizit aufzuholen und die rüdesten Auswüchse seines bis dahin ziemlich ungezügelten Laissez-faire-Kapitalismus zu bekämpfen. Zwar behoben die Milliarden-Dollar-Programme die Nöte nicht, wie sie sollten, doch sie erleichterten immerhin vielen Amerikanern ihre Existenz.

1959 lebten 55 Millionen Amerikaner in Armut, heute sind es noch fast 30 Millionen. Schwarze und Weiße sitzen in Schulen, Bussen und an den Theken der Restaurants nebeneinander, doch das ökonomische Gefälle zwischen den Rassen blieb in den letzten 20 Jahren fast unverändert.

der amerikanischen Gesellschaft zusammen.

Wenn sich Ronald Reagan vier Paar Cowboystiefel zu tausend Dollar das Paar anmessen läßt (wobei der Preis Extras wie einzuarbeitendes Präsidentensiegel aus 14karätigem Gold noch nicht einschließt), hat das angeblich nichts mit Verschwendung zu tun: Es belebt die Wirtschaft.

Nur weinerliche Liberale werden sich in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß ausgerechnet in der Woche, in der der Präsident seine Tausend-Dollar-Stiefel erwarb, das Sozialministerium die neuen Richtlinien für Fürsorge-Empfänger bekanntgab: Ihr gesamter Besitz, Töpfe und Fernsehapparat ausgenommen, darf den Wert von 1000 Dollar nicht übersteigen – sonst verlieren sie den Anspruch auf Unterhalt.

In den Zeitungen prallen die unterschiedlichen amerikanischen Welten täglich mit solchem Mißklang aufeinander wie lange nicht.

„In“ sind Kaviar und Nerzmäntel, lernt man im Gesellschaftsteil der Blätter, Handtaschen aus Krokodilleder und kosmetische Operationen – für Männer, „die darüber auch gern in allen Einzelheiten sprechen“, schrieb die texanische Tageszeitung „Dallas News“.

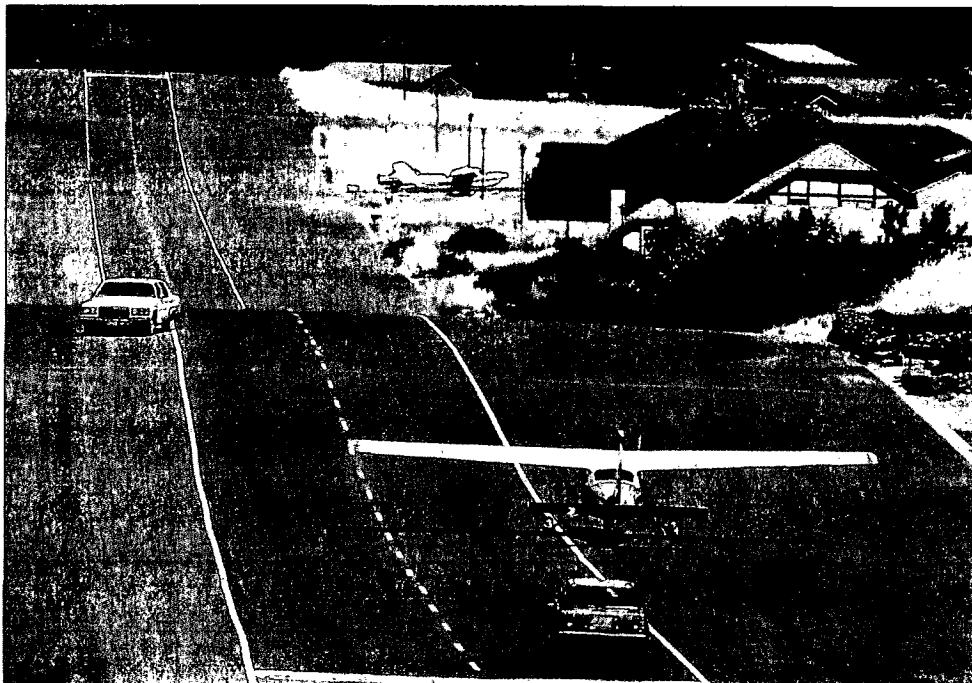
Und Hanne Merriman vom Washingtoner Exklusiv-Kaufhaus Garfinkel's beobachtete Kunden, „die sich nichts dabei denken, 1500 Dollar für ein Jackett, ein Hemd oder eine Bluse auszugeben“.

Besonders auffällig ist die Putzsucht bei den Statussymbolen auf der Straße. Hatten reiche Automobilbesitzer unter dem erdverbundenen und energiebewußten Jimmy Carter ihre großen Wagen vielerorts in der Garage gelassen und mit Datsuns und Toyotas ihren Gleichklang mit der Energiesparwelle signalisiert, gehören in den Ballungszentren reicher Amerikaner die „gas guzzler“ (Benzinschlucker) nun wieder zum Alltag.

Und wer sich keine eigene Status-Karosserie leisten kann, dem bleibt der Ausweg, in einer langen Mietlimousine mit Chauffeur vorzufahren: „Eine Stunde in einem neuen silbernen Cadillac mit getönten Scheiben und blauen Polstern“, fand das Stadt-Magazin „New York“, kostete nicht mehr „als ein Dutzend roter Rosen“ – etwa 35 Dollar pro Stunde.

Die „perfekte Schau“ („New York“) hat abseits von Washington, Houston oder Seattle im großen weiten Land Amerika eine Variante: Dort boomen derzeit sogenannte Air Parks – Kommunen, deren Häuser beiderseits einer Startbahn gebaut werden.

Die Einwohner der Air Parks sind häufig Liebhaber fliegender Oldtimer, aber auch sonstige Wohlhabende, die mit dem eigenen Kleinflugzeug zur Arbeitsstelle fliegen. Etwa 40 Kommunen mit eigener Landebahn gibt es in den Vereinigten Staaten bislang.



Reichtum in den USA: Eigenheim mit privatem Hangar und Rollbahn



Luxus in den USA: „Sentimentale Reise im privaten Eisenbahnwagen“

Zum größten Air Park soll Spruce Creek bei Daytona Beach (Florida) ausgebaut werden. An einem ehemaligen Navy-Flugplatz aus dem zweiten Weltkrieg werden dort insgesamt 2000 Wohnungen und Eigenheime mit Hangars und Rollbahnanschluß errichtet.

Mit dem Versuch des reichen Amerika, „Reichtum als Hauptkomponente eines hohen sozialen Status zu etablieren“ („U.S. News & World Report“), geht der Trend einher, auch die einst damit verbundenen Werte und Lebensgefühle wiederzubeleben.

Das jüngste Beispiel solcher Absteiger in die Vergangenheit bietet der neue Reisekatalog von American Express (Amex): Im Frühjahr 1982 will das

Reisebüro das verblichene „goldene Zeitalter des transkontinentalen Eisenbahnverkehrs“ wieder eröffnen.

In vier von Eisenbahn-Liebhabern ausgeliehenen Luxuswaggons der Baujahre 1926 und 1949 können jeweils 40 Amex-Kunden in neuntägiger Fahrt die Vereinigten Staaten von New York nach Los Angeles durchqueren. Kosten der „sentimentalen Reise im privaten Eisenbahnwagen“: 2295 Dollar pro Person.

Gleichzeitig sollten bedürftige Kinder aufgrund der neuen Richtlinien des Landwirtschaftsministeriums über die Schulspeisung künftig nicht mehr ein ganzes Glas Milch pro Tag erhalten, sondern ein paar Schlucke weniger; ihre Fleischportionen sollten auf einen Viertel-Hamburger reduziert werden, Ketch-

up als Gemüse gelten. Diese Magerkost-Vorschriften stießen aber auf so bissige Kritik, daß ihre Einführung zunächst einmal zurückgestellt wurde.

Die neue Ungeniertheit, mit der die Mächtigen in Amerika ihr Wohlbefinden zur Schau stellen, wird ideologisch untermauert durch die Lehren von George Gilder, dem Sozialapostel der Konservativen.

In seinem Anfang dieses Jahres erschienenen Buch „Reichtum und Armut“ – der Bibel der Administration, die im Schlafzimmer des Präsidenten auf dem Nachttisch liegt – predigt Gilder den Amerikanern, daß sie ihre Millionäre wieder schätzen lernen müßten. Denn: „Davon, wie ein Land seine Reichen ansieht, hängt die Gesundheit seiner Wirtschaft ab.“

Wichtig ist nach Gilder vor allem, daß man sie nicht durch zu scharfe progressive Steuern aus dem Land drängt oder sie davon abhält zu investieren. Prompt legte Reagan seine Steuerreform auch so an, daß sie die Reichen massiv bevorzugt.

Den Armen jedenfalls darf der Staat nichts schenken, sonst verleitet er sie nur zur Faulheit und nimmt ihnen Anreiz und Chance, durch harte Arbeit selbst in die Klasse der Reichen aufzusteigen.

Seine Fabel von den noch immer reichlich vorhandenen Aufstiegschancen für unternehmerische Talente erläutert

Gilder an rührenden Beispielen: mit der Geschichte eines libanesischen Einwanderers etwa, der noch vor zehn Jahren Gemüse vom Karren verkaufte und jetzt, dank der Hilfe seiner zahlreichen Kinder, ein ganzes Einkaufszentrum in Massachusetts regiert.

Daß darin das Erfolgsrezept auch für eine Fürsorgeempfängerin wie Alice Fisher, alleinstehend, drei Kinder, liegen könne, würde freilich selbst ein George Gilder kaum behaupten. Die Kürzungen im Sozialbudget haben die Unterschiede zwischen Amerikanern wie Alice Fisher, die ganz und gar von der Wohlfahrt leben, und Berufstätigen, die sehr wenig verdienen und deshalb bisher staatliche Zuschüsse erhielten, praktisch verwischt.

Das heißt: Alice Fisher dürfte sich kaum dazu aufraffen, einen Job zu suchen, der, wenn sie ihn findet, horrend schlecht bezahlt ist. Andere Jobs gibt es nicht für unausgebildete Frauen in ihrem Alter.

Früher hätte sie wenigstens zusätzlich Anrecht auf Lebensmittelpcoupons oder Mietbeihilfe gehabt. Das fällt, in vielen Fällen, jetzt weg: Warum also sollte sie arbeiten?

Umgekehrt überlegt sich Maggie Mer- man, eine ihrer Freundinnen, ob sie ihren Job in einer Schuhfabrik nicht lieber aufgibt und sich dafür wieder mehr

um ihre Kinder kümmert: Nach dem Wegfall der Zuschüsse, die sie bisher bekam, wird ihr am Ende nicht viel mehr übrig bleiben, als Alice Fishers Einkommen von der Wohlfahrt beträgt.

Durchaus vorauszusehen ist deshalb, daß die Beschneidung der Sozialausgaben das Defizit im Bundeshaushalt nicht stopfen, sondern sogar noch hochtreiben wird – weil der Anreiz zu arbeiten in den untersten Einkommensschichten keinesfalls steigt, wie die Ideologen des Amerika der Reichen glauben.

Noch in einem zweiten Punkt dürfte sich Ronald Reagan in seinen amerikanischen Mitmenschen getäuscht haben: Mit der Reduzierung oder Streichung der Bundeszuschüsse gedachte er auch, die Initiative der Bundesstaaten oder Kommunen anzuregen. Er nahm an, sie würden freudig einspringen, wo der Große Bruder in Washington die Zahlungen eingestellt hat.

Dazu aber müßten auf lokaler Ebene neue Steuern erhoben werden, und das machen aufässig gestimmte Steuerzahler nicht mehr mit.

In bewegten Worten bat Fred Baron, der Blinde aus Miami, auf einer Gemeindeversammlung seine Mitbürger, den eingestellten Bus für die Behinderten jetzt doch aus kommunalen Mitteln zu finanzieren.

Die Mitbürger brüllten ihn zornig nieder.

„Wir wollen zu den Siegern gehören“

Der amerikanische Publizist Gregg Easterbrook über Ronald Reagan und die „republikanische Seele“

Der Vater des kleinen Jungen hat ein gutes Herz, aber er trinkt. Wochenlang geht er auf Zechtour, obwohl die frühen 20er Jahre schlechte Zeiten für einen Trinker sind: Die Prohibition ist eingeführt, die Weltwirtschaftskrise nicht fern. Der Junge erinnert sich an seine Ängste während der Abwesenheit des Vaters und die dann folgenden „lauten Stimmen in der Nacht“.

Als Elfjähriger kommt er einmal nach Hause und findet seinen Vater „sinnlos betrunken auf dem Rücken liegend auf der Veranda“. Er muß diesen großen, schnarchenden Koloß ins Bett verfrachten.

Der Vater, ein Schuhverkäufer, wechselt mehrmals seinen Job. Daher zieht die Familie ständig um, meist in kleine Städte wie Tampico, Galesburg, Monmouth und Dixon, aber auch in den brutalen Süden Chicagos. Mitunter schlafen sie alle im Auto. Nach einem geschäftlichen Mißerfolg bleibt der Familie kaum noch Geld. Doch als der Junge später auf all diese Erfahrungen zurückblickt, bezeichnet er seine Kind-



Reagan-Porträts von Rockwell*: Glaube an den Erfolg

heit als „eine jener seltenen Huckleberry-Finn-Tom-Sawyer-Idyllen“.

Der Knabe ist der kleine Ronald Reagan, der zitierte Bericht steht in seiner 1965 erschienenen Autobiographie „Where's the Rest of Me?“.

Dazu muß man allerdings zwischen den Zeilen lesen können, denn Reagan gibt sich alle erdenkliche Mühe, seine Jugend als ein wahres Huckleberry-Finn-Abenteuer darzustellen.

Hin und wieder erwähnt Reagan zwar die Trunksucht seines Vaters Jack, an keiner Stelle jedoch erinnert er den Leser an das Stigma, das Trunksucht im provinziellen Amerika der Prohibition darstellte, an die

* Norman Rockwell (1894 bis 1978), amerikanischer Maler.

© The Washington Monthly, 1981.